



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 27. März 2015

Inhalt

- 1. Wir trauern um die Opfer des Flugzeugabsturzes**
- 2. #Neue Gerechtigkeit – SPD-Projekte für eine gute Zukunft**
- 3. PKW-Maut – Eine Schadensbegrenzung**
- 4. Korruption wirksam bekämpfen**
- 5. Digitale Bildung fördern**
- 6. Nur gemeinsam sind wir stark – Europäischen Forschungsraum etablieren**
- 7. Heute gekürzt, morgen geschlossen? Aktion gegen schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit**
- 8. Sonntag ist Wahltag – Landratswahl im Schwalm-Eder-Kreis**

WIR TRAUERN UM DIE OPFER DES FLUGZEUGABSTURZES

150 Menschen, darunter Kinder und Jugendliche, unter anderem eine Gruppe Schülerinnen und Schüler aus Haltern in Nordrhein-Westfalen, sind ganz plötzlich aus dem Leben gerissen worden. Uns alle hat die schreckliche Nachricht über den Flugzeugabsturz tief erschüttert. Nun wissen wir, dass der Co-Pilot das Flugzeug wohl absichtlich zum Absturz brachte. Wir sind fassungslos über diese Tat und unser tiefes Mitgefühl und unsere Gedanken sind bei den Betroffenen, bei den Familien und Freunden. Wir möchten all denen danken, die in diesen schweren Stunden den Trauernden Beistand leisten und auch den Einsatzkräften vor Ort, die an der Unglücksstelle in den Alpen versuchen, den Hinterbliebenen Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen zu verschaffen.

#Neue Gerechtigkeit – SPD-Projekte für eine gute Zukunft

Digitalisierung, demographischer Wandel, Globalisierung – dies sind nur einige der Schlagworte, die den Wandel unserer Gesellschaft umreißen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben den Anspruch, diese Zukunft zu gestalten und sind der Überzeugung, dass es dazu einer Verbindung wirtschaftlicher Stärke mit sozialer Gerechtigkeit braucht.

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Sechs Projektgruppen erarbeiten Zukunftskonzepte:

#NeueZeiten: Unsere Arbeitswelt und die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, müssen zu modernen Lebensmodellen passen. Menschen und Unternehmen sollen von der neuen Flexibilität profitieren.

#NeueChancen: Alle in unserer Gesellschaft sollen ihre Talente und Leistungen voll einbringen können. Dazu bedarf es auch einer höheren Wertschätzung von Bildung und Arbeit.

#NeueErfolge: Neue Innovationen sollen unsere Wirtschaft weiterhin stark halten.

#NeuesMiteinander: Wir wollen ein weltoffenes und attraktives Land bleiben und dazu ist ein neues Miteinander erforderlich.

#NeuerZusammenhalt: Der solidarische Ausgleich zwischen den Regionen ist ein Herzensanliegen der SPD. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land sichern.

#NeueLebensqualität: Eine intakte Umwelt, der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und gesunden Lebensmitteln sollen jedem, unabhängig von Wohnort oder Geldbeutel, möglich sein.

Die Projektgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen und werden sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit finden. Wir werden an dieser Stelle in unregelmäßigen Abständen über die Fortschritte und Ideen der #NeuenGerechtigkeit informieren. Wen die Projektgruppen der SPD interessieren, der findet im Anhang an die *Aktuellen Hauptstadtinfos* und auch hier weitere Informationen: <http://www.spdfraktion.de/content/projekt-zukunft-neuegerechtigkeit> .

PKW-Maut – Eine Schadensbegrenzung

Diesen Freitag haben wir in 2./3. Lesung den [Gesetzesentwurf zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen \(PKW-Maut\)](#) sowie den Entwurf eines [Zweiten Verkehrssteueränderungsgesetzes](#) abschließend beraten. Diese „PKW-Maut“ ist kein verkehrspolitisches Anliegen der SPD und alles andere als eine Herzensangelegenheit, es ist ein Projekt der CSU! Allerdings haben wir uns mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages verpflichtet, diesem Gesetz zuzustimmen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Manchmal ist es schon die bestmögliche Politik, wenn es gelingt, noch Schlimmeres zu verhindern. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion für die „PKW-Maut“ wichtige Voraussetzungen definiert: Erstens darf kein deutscher Autofahrer zusätzlich belastet werden, zweitens muss die gesetzliche Regelung mit europäischem Recht vereinbar sein und drittens muss ein maßgebender Beitrag für die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erwirtschaftet werden.

Im parlamentarischen Verfahren konnte die SPD-Bundestagsfraktion weitreichende Änderungen an dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen gegen den Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchsetzen. Wir haben verhindert, dass die geplante Zeitvignette zu einer Diskriminierung

von EU- Ausländerinnen und -Ausländern führt, denn eine solche wäre nicht mit Europäischen Recht konform. Außerdem haben wir für mehr Datenschutz gesorgt und die Speicherfrist für persönliche Daten von Halterinnen und Haltern von drei Jahre auf ein Jahr reduziert. Auch wird es einen verbindlichen Bürokratie- und Einnahmecheck zwei Jahre nach der Einführung der PKW-Maut geben.

Wir haben die PKW-Maut vor allem im Hinblick darauf, dass wir kürzlich den gesetzlichen Mindestlohn, die Mietpreisbremse oder die Frauenquote eingeführt haben, gebilligt. Der faire Umgang mit Vereinbarungen bzw. Verträgen, auch Koalitionsverträgen, verlangt unsere Zustimmung.



Korruption wirksam bekämpfen

Der [Gesetzentwurf der Bundesregierung](#) hat zum Ziel, Korruption noch gezielter zu bekämpfen, als dies bisher möglich ist. So werden zukünftig auch Daten aus den Ausland, die die Gewährung eines Vorteils an Amtsträger zum Gegenstand haben, erfasst. Zusätzlich wird die Strafbarkeit von Bestechlichkeit und Bestechung ausgeweitet.

Wir halten eine Verschärfung der Korruptionsregeln für unausweichlich. Zu begrüßen ist auch, dass in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist, die Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit und Bestechung auch auf ausländische, europäische und internationale Amtsträger auszuweiten. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen zur besseren Bekämpfung von Korruption. Mit der Vorlage des Entwurfes sollen auch internationale Vorgaben umgesetzt werden und Schmiergeldzahlungen in der Wirtschaft bestraft werden.

Digitale Bildung fördern

Die digitale Revolution, von der immerzu alle sprechen, ist nicht etwa Zukunftsmusik - wir sind schon mitten drin! Deshalb müssen wir jetzt dafür sorgen, dass wir diesen Zug nicht verpassen. Dabei ist vor allem die Förderung der Medienkompetenz der Schlüssel zur Teilhabe an der digitalen Welt.

Der Umgang und die Nutzung digitaler Angebote und Medien haben heute nahezu alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche erfasst. Die fortschreitende Digitalisierung, besonders im wirtschaftlichen Bereich, macht es notwendig, dass in Digitale Bildung investiert wird. Denn selbst in klassischen Berufsfeldern, ohne IT-Schwerpunkt, wird vermehrt Medien- und IT-Kompetenz verlangt und benötigt. Laut zahlreicher Studien gibt es in Deutschland jedoch noch erheblichen Nachholbedarf bei der Förderung und Ausgestaltung digitaler Bildungsangebote.

Im Koalitionsvertrag haben wir unter anderem verabredet, dass Bund und Länder eine gemeinsame Strategie „Digitales Lernen“ auf den Weg bringen sollen. Um diese Abstimmungsprozesse inhaltlich zu begleiten und voran zu bringen, haben

wir diese Woche im Bundestag [einen Antrag beraten](#) und eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet. So soll etwa über einen „Pakt für Digitale Bildung“ die Finanzierung von digitalen Endgeräten für Bildungszwecke erleichtert werden. Die Nutzung von Open Educational Resources (kurz: OER) soll ausgeweitet und außerschulische Initiativen wie „Ein Netz für Kinder“ oder die „Nationale Initiative Printmedien“ unterstützt und weiterentwickelt werden.

Die Digitalisierung bietet wertvolle Chancen für unsere Gesellschaft und erleichtert lebenslanges Lernen für alle Altersgruppen. Hier müssen wir die Potenziale nutzen, die diese Entwicklung mit sich bringt. Allerdings dürfen wir auch nicht vor den Risiken die Augen verschließen. Jede neue technische Entwicklung stellt Politik und Gesellschaft vor Herausforderungen. Nicht alles, was technisch möglich ist, kann, darf und sollte gemacht werden. Hier müssen wir besonders im Hinblick auf Datenschutz aufpassen und frühzeitig politische und rechtliche Rahmenbedingungen abstecken und vor allem Kindern und Jugendlichen bereits im Vorschulalter beibringen, wie sie kritisch und vernünftig mit den Technologien und Medien umgehen können.



Nur gemeinsam sind wir stark – Europäischen Forschungsraum etablieren

Europa hat 500 Millionen Einwohner, das sind ca. 7 Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Diese 7 Prozent produzieren allerdings fast 30 Prozent des globalen Wissens und erarbeiten im Moment ca. 20 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Das ist eine enorme Leistung. Damit das auch so bleibt, dürfen wir uns nicht auf den Investitionen der Vergangenheit ausruhen. Damit Europa weiterhin seine führende Position in Forschung, Wissenschaft und Technologie beibehält und somit zukunftsfähig bleibt, müssen wir weiter investieren und uns vor allem besser vernetzen.

Der globale Wettbewerb wird zunehmend stärker und besonders die asiatischen Staaten investieren deutlich mehr in Forschung und Innovation als die europäischen. Um nicht abgehängt zu werden braucht es eine vermehrte Kooperation zwischen den einzelnen Nationalstaaten in Europa. Wir brauchen einen gemeinsamen Forschungsraum und damit verbunden grenzüberschreitende Förderprogramme, sowie Mobilitätsfreiräume für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Um dieses Ziel zu erreichen werden wir uns für eine Innovations- und Forschungspolitik einsetzen, die nationalstaatliche Aktivitäten in diesen Bereichen klug mit europäischen und internationalen Projekten verzahnt. Das erfordert partnerschaftliches Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene.

Mit dem Anfang 2014 beschlossenen europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm, genannt „Horizont 2020“, das mit geplanten 77 Milliarden Euro das größte der Welt ist, haben wir bereits einen großen Schritt für die Zukunft Europas getan. Aber auch darauf dürfen und werden wir uns nicht ausruhen. Wir werden uns weiterhin für die massive Förderung von privaten und öffentlichen Investitionen einsetzen.

Heute gekürzt, morgen geschlossen?

Kommunal ist nicht egal! Diesem Leitsatz folgte auch das Bundeskabinett, als es vergangene Woche auf Bestreben der SPD beschloss, ein massives Entlastungs- und Investitionspaket, insbesondere für finanzschwache Kommunen, auf den Weg zu bringen. An sich gute Nachrichten für die Städte, Landkreise und Gemeinden in Nordhessen. Allerdings droht in Hessen ein Versickern dieser Mittel bei der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Kommunale Finanzen gehen alle etwas an, denn sie betreffen Straßen, Schulbauten, Sportstätten, Feuerwehren, Kindergärten, Wasserversorgung, Müllabfuhr oder auch Theater und alle anderen Kulturangebote. Durch die schwarz-grüne Landesregierung wird die Existenz der sozialen Einrichtungen in den Kommunen massiv bedroht. Dies soll nun mit der neuen Kampagne der SPD-Landtagsfraktion deutlich werden.

Mit Absperrband gegen schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit

Jeder kann in seiner Gemeinde mit schwarz-grünen Absperrband markieren, was es alles nicht mehr geben wird oder nur noch sehr eingeschränkt, wenn CDU und Grüne ihre Pläne für einen neuen Kommunalen Finanzausgleich durchsetzen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.schwarz-grüne-kürzungen.de



Lassen Sie uns gemeinsam zeigen, dass viele kommunalen Einrichtungen stark bedroht sind!

Sonntag ist Wahltag

Winfried Becker der Richtige für das Amt des Landrats im Schwalm-Eder-Kreis

Am Sonntag, dem 29. März wird gewählt. Damit der Schwalm-Eder-Kreis auch weiterhin einen sozialdemokratischen Landrat hat und wir den erfolgreichen Weg gemeinsam fortsetzen können, bitte ich um Ihre Unterstützung.

Winfried Becker ist der Richtige für das Amt des Landrats im Schwalm-Eder-Kreis. Als Erster Kreisbeigeordneter und als stellvertretender Landrat kennt er den Job. Und er beherrscht ihn, wie er eindrucksvoll und erfolgreich bewiesen hat.

Ob in langen Jahren als aktiver Feuerwehrmann oder Kreisvorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, auch Winfried Beckers ehrenamtliches Engagement zeigt, dass er sich in vielfältigster Form für die Menschen im Kreis einsetzt.

Bildung und Betreuung für junge Menschen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gut leben im Alter mit attraktiven Angeboten zur Versorgung und Betreuung – das sind nur einige Ziele seiner Politik. Mehr Informationen finden Sie zum Beispiel bei www.winfried-becker.net.

Erst eine hohe Wahlbeteiligung ist der Schlüssel zum Erfolg. Helfen Sie mit, gerade die unentschlossenen Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, zur Wahl zu gehen. Viele Wählerinnen und Wähler treffen ihre Entscheidung erst kurz vor der Wahl.

Sorgen Sie bitte dafür, dass Winfried Becker sich auch als Ihr gewählter Landrat weiter für die Belange aller Menschen im Kreis stark machen kann; unterstützen Sie mit Ihrer Stimme Winfried Beckers Arbeit für einen für uns alle lebenswerten Schwalm-Eder-Kreis.



Unser Tipp:

- **Jugendmedienworkshop:** Interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren können sich mit einem journalistischen Beitrag, möglich sind Artikel, Video- / Audiobeiträge oder Fotoarbeiten, zum Thema „Digital Na(t)ives – Eine digitale Generation erobert die Gesellschaft“ bis zum 19. April 2015 beim Jugendmedienworkshop bewerben. Nähere Informationen sind unter <http://www.jugendpresse.de/bundestag> abrufbar.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia